Bucharin in seiner Rede dem „Kulturaufbau" gewidmet hat. Offen und ungeschminkt schilderte er die Belebung gewisser sowjetfeindlicher Gruppierungen unter der Nep, die auch jetzt noch auf eine „Befreiung" vom Bolschewismus hoffen, sei es durch die Intervention der Imperialisten oder dank der Parteioppositionen. Scharfer, ideologischer Kampf in den breiten Massen, neben dem großen Kampf an der Wirtschaftsfront! Die Grundlinie der Partei bleibt im nationalen wie im internationalen Rahmen treu den alten revolutionären Geboten Lenins. Bucharin schloß mit der Schilderung der internationalen Lage. Klar und eindeutig erklärte er, um alle Verleumdungen der Opposition zu verscheuchen, daß von einer Liquidierung des Außenhandelsmonopoles natürlich nicht die Rede sein kann.

Bucharins Referat war eine scharfe Abrechnung mit der trotzkistischen Opposition, die in ihrem Unglauben an den Sozialismus in der Sowjetunion eine neue Art des Menschewismus — mit dem alten Menschewismus sehr verwandt — ins Leben gerufen hat. Die Moskauer Konferenz wird Stellung nehmen zu der Ideologie und „Taktik" dieses Nep-Menschewismus. Die „Prawda" veröffentlicht jetzt gerade ein Schreiben eines ehemaligen Oppositionellen, Kusownikow an Swerdlowsk, aus dem hervorgeht, daß die Opposition schon seit längerem sich als zweite Partei gefühlt hat. Bereits Anfang 1926 wurde ein fraktionelles Zentralkomitee mit einer eigenen Organisation geschaffen. Freilich, Trotzki selbst schwankte noch zur Zeit des 14. Parteitages, wie es jetzt aus dem Brief seines ehemaligen Fraktionsfreundes Antonow Owsejenko bekannt wird, ob er mit Sinowjew gegen das ZK oder mit dem ZK gegen Sinowjew und Kamenew marschieren soll. Aber die alten „Leninisten" Sinowjew und Kamenew kamen zum Trotzkismus, der Pakt wurde geschlossen, die neue „Partei" gegründet, und jetzt soll — ganz nach dem traurigen Muster der traurigen Ruth Fischer-Maslow — die Partei erobert werden! Die Moskauer Konferenz, wie die anderen Konferenzen in der Union — zeigen schon durch ihre Zusammensetzung, daß die Opposition keinen Boden in der Partei hat. Es ist gewiß kein leichtes für den durchschnittlichen Parteigenossen, jetzt abzurücken von den Personen, die er Jahre hindurch als seine Führer und Lehrer betrachtet hat, und es zeugt nur von der inneren Festigung und Reife dieser kommunistischen Arbeiter, wenn sie jetzt alle persönlichen Momente beiseiteschieben und sich einheitlich und geschlossen zu der alten Leninschen Linie ihrer Partei bekennen. Trotzki und Sinowjew haben sich verrechnet in dem Einfluß, den die Gloriole ihrer Vergangenheit auf die Massen ausüben werde. Die mißlungene Gegendemonstration am 7. November hat es deutlich bewiesen. Der obenerwähnte frühere oppositionelle Kusownikow berichtet, daß er am 7. November abends in Moskau an einer Konferenz des ZK der Opposition (unter dem Vorsitz Kamenews) teilgenommen hat, wo Trotzki den Gedanken entwickelt hat, daß es nun gilt, daß es „nun mit der Partei zu Ende ist, und daß man die Klasse auf die Partei hetzen muß, um sie zu zwingen, so zu handeln, wie wir (die Opposition) es wollen. Aber auch die nichtkommunistische Masse der Arbeiterschaft lehnt die Opposition ab. Ueber 100 Produktionsberatungen in den Betrieben haben in Moskau zu der Frage der Opposition Stellung genommen. Das Resultat war: ein Massenzustrom zu der Partei. Es sind in Moskau etwa einhundert Fraktionsmacher ausgeschlossen worden. 6000 Arbeiter haben in den letzten Wochen um die Aufnahme in die Partei ersucht. Die 16. Moskauer Parteikonferenz wird ein Widerhall der Stimmung der Avantgarde des Moskauer Proletariats sein.

Bautzner KPD-Stadtverordnete unter Anklage

tsd. Bautzen, 25. November. **Der Stadtrat zu Bautzen beschloß, gegen die kommunistischen Stadtverordneten Horstmann und Schulz Strafantrag wegen Beleidigung des Bürgermeisters Dr. Förster zu stellen. Die beiden Kommunisten haben in der Stadtverordnetensitzung vom 17. November im Anschluß an eine Erklärung des Bürgermeisters Dr. Förster über die Fürsorgeunterstützung für die ausgesperrten Zigarrenarbeiter schwerbeleidigende Schimpfworte gebraucht.**

*

Die Beleidigung des Bautzner Bürgermeisters Dr. Förster, die den Genossen Schulz und Horstmann nach der Meldung des Telunion-Sachsendienstes unterstellt wurde, ist in Wirklichkeit nur eine Abrechnung mit der reaktionären Haltung des Dr. Förster, die bei der Behandlung der Unterstützungsfrage für die streikenden Zigarrenarbeiter brutal und offen zutage trat. Jetzt rennt Herr Förster zum Kadi, um seine kompromittierte Ehre wieder zu reparieren. Wir zweifeln nicht: die Klassenjustiz wird volles Verständnis für Herrn Förster haben und für die beiden Arbeitervertreter scharfe Klassenurteile auswerfen.

Ein Leichter im Sturm verlorengegangen

TU. Hamburg. Der Hamburger Schleppdampfer Vegesack, der mit zwei beladenen Leichtern von Danzig nach Rendsburg unterwegs war, verlor auf der Höhe des Fehmarn-Felt-Feuerschiffes bei den Oststürmen der letzten Tage den Leichter Hans Otto. An Bord des Leichters befinden sich 5 Mann Besatzung. Ihr Schicksal ist ungewiß. Nachdem die Vegesack den einen Leichter nach Holtenau gebracht hatte, ist sie gestern wieder ausgelaufen, um Nachforschungen nach dem verlorenen Leichter anzustellen.

Das offene Pulverfaß

Die deutsche Presse zum Polenputsch

Berlin, 25. November 1927

Die litauisch-polnische Spannung und die Gerüchte über einen beabsichtigten Polenputsch, der Litauen seiner Unabhängigkeit berauben soll, finden in der Abendpresse die größte Beachtung. Einige Zeitungen besprechen mit großem Ernst die Warnungsnoten, die die Sowjetunion in Warschau und Kowno überreichen ließ. Desgleichen beschäftigt man sich mit einem Artikel der Iswestija, der vor abenteuerlichen Streichen in Osteuropa warnt.

Die Tägliche Rundschau schreibt dazu: „Wenn sich wirklich die Sowjetregierung veranlaßt gesehen hat, eine förmliche Warn- und Drohnote an die polnische Regierung zu richten, so müssen die Dinge bereits auf des Messers Schneide stehen ... In dem Balkan, den die Weisheit der Alliierten an der deutschen Ostgrenze geschaffen hat, **steht ein offenes Pulverfaß.** Will man wirklich warten, bis irgendjemand einen brennenden Zigarrenstummel in dieses Faß hineinwirft? **Die Iswestija hat recht mit ihrer Warnung. Hoffentlich wird sie in Genf und anderswo gehört werden."**

Die Vossische Zeitung meldet dazu: „Durch die russische Warnungsnote an Polen bekommen die alarmierenden Gerüchte, die in der letzten Zeit die polnisch-litauische Spannung begleiteten, einen bedeutsamen Hintergrund ... Daneben laufen geheime Wühlereien, für die der Verlauf des litauischen Emigrantenkongresses in Riga aufschlußreich war. Die sozialdemokratische Wilnaer Gruppe brachte eine Resolution ein, die für eine enge polnisch-litauische Annäherung eintrat. Die Gegengruppe, d. h. die Volkssozialisten, die sich nach Riga geflüchtet hat, machte dagegen heftige Opposition und warf den Wilnaern vor, von Polen bestochen zu sein. Bereits damals wurden Enthüllungen über polnische Angebote an die Emigranten gemacht, denen für einen bevorstehenden Putschversuch (gegen Litauen) die polnische Geld- und Waffenhilfe zur Verfügung gestellt worden sein soll.

Was an diesen Gerüchten Wahres ist, läßt sich nicht nachprüfen, aber der Handstreich Zeligorskis ist noch unvergessen. **Die Note Rußlands an Warschau ist deshalb eine ernste Warnung, der man sich vorläufig anschließen kann."**

Besprechung Litwinow-Stresemann

Berlin, 26. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

Heute mittag um 12 Uhr fand im Auswärtigen Amt eine Besprechung zwischen dem stellvertretenden Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der Sowjetunion, Litwinow, und dem deutschen Außenminister Stresemann statt. Die Unterredung behandelte die allgemeine politische Lage und im Zusammenhang damit die Abrüstungskonferenz in Genf.

Die übrigen Mitglieder der russischen Delegation, darunter der stellvertretende Chef des Generalstabes, Bubnow, der Marinesachverständige Berens und der Generalsekretär Stein sowie das technische Personal sind heute früh in Berlin eingetroffen. Voraussichtlich wird die russische Gesamtdelegation im Laufe des heutigen Abends nach Genf weiterfahren.

*

Englische Warnungen an Stresemann — Rykows Antwort an Baldwin

Die Deutsche Allgemeine Zeitung bringt aus London weitere englische Warnungen an Stresemann, sich etwa irgendeine Vermittlerrolle bei der Wiederherstellung der englisch-russischen Beziehungen anzumaßen, „falls Litwinow eine private Unterredung mit Sir Austen Chamberlain wünschen sollte".

Von einem solchen Wunsche sei zwar in Londoner zuständigen Kreisen nichts bekannt, es werde aber deutlich abgewinkt. Auf eine direkte Anfrage an Chamberlain, ob er etwa den Wunsch Litwinows nach einem Privatgespräch ablehnen würde, wurde erklärt, daß hierüber noch keine Entscheidung gefallen sei.

Im Anschluß daran zitiert die Deutsche Allgemeine Zeitung eine Rede von Rykow auf dem Kommunistischen Parteikongreß in Charkow, in der es heißt: „Die Sowjetregierung lehnt die Wiederaufnahme der diplomatischen und der Handelsbeziehungen zu England auf Grund der von Baldwin aufgestellten gegenseitigen Bedingungen, sich jeder Einmischung in die inneren Verhältnisse des anderen Landes zu enthalten, nicht ab. Daß von seiten der Regierung Englands keinerlei offizielle oder offiziöse Vorschläge zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen vorliegen, gibt Anlaß zu der Annahme, daß Baldwins Rede nur Wahlinteressen Rechnung tragen sollte. **Die Initiative zur Wiederaufnahme der Beziehungen muß von der englischen Regierung ausgehen, da ja auch die Initiative zum Abbruch von ihr ausgegangen ist."**

Klassenurteil gegen einen Buchhändler

Ein Jahr Festung wegen Verbreitung wissenschaftlicher Werke.

Leipzig, 26. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

Nach mehrtägiger Verhandlung wurde im Buchhändlerprozeß vor dem Riednersenat des Reichsgerichts am Freitag das Urteil gefällt. Der Buchhändler, Angestellter Genosse Paul Jobel aus Berlin, wurde wegen fortgesetzter Vorbereitung zum Hochverrat zu 1 Jahr Festung und 300 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Die Riednerjustiz hat bei der Verfolgung und Beschlagnahme fortschrittlicher Schriften nicht vor Werken halt gemacht, die künstlerischen oder wissenschaftlichen Inhalt haben. Auch sie sollen sämtlich der Vorbereitung zum Hochverrat dienen. Unter Anklage standen u. a. folgende Schriften: „Ein neuer Weltkrieg droht", „Ergebnisse des 5. Kongresses der Komintern", das rein historisch-wissenschaftliche Werk „Der große Bauernkrieg" und andere.

Dieses Urteil reiht sich würdig an die in den früheren Buchhändler- und Buchdruckerprozessen gefällten an. Diese Spruchpraxis des Reichsgerichts ist eine Gefahr für sämtliche Buchhändler, die in Buchhandlungen tätig sind, die fortschrittliche Literatur führen. Dieses Urteil ist eine neue Mahnung zur Verstärkung der Protestbewegung gegen die erbärmliche Riednerjustiz.

Der Schlichter greift ein

Berlin, 26. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Das Reichsarbeitsministerium hat zur Beilegung des Konfliktes in der Zigarrenindustrie beide Parteien für Mitte nächster Woche zu Besprechungen eingeladen. Es soll versucht werden, die bestehenden Gegensätze abzuschwächen, bevor Schlichtungsverhandlungen anberaumt werden.

Ein Vertreter der Roten Fahne hat gestern mit dem Vorsitzenden Deichmann über den Stand des Kampfes eine Aussprache gehabt. Der Vorsitzende des Tabakarbeiterverbandes stellte fest, daß die Uneinigkeit und die Zerfahrenheit im Lager der tarifbrüchigen Zigarrenfabrikanten ungeheuer groß sei. So haben z. B. im Bremer Tarifgebiet 28 Unternehmer, die fast die Hälfte der im Tarifgebiet arbeitenden Tabakarbeiter beschäftigen, bereits 15 Prozent der Lohnforderung des Verbandes bewilligt. Das gleiche ist bei einer Reihe von Firmen im Reichsgebiet der Fall. In anderen Betrieben wird eine Lohnerhöhung von 10 Prozent zugestanden.

Leider lehnte Deichmann auch diesbezüglich die finanzielle Unterstützung der unorganisierten Tabakarbeiter, die im Streik stehen, seitens des Verbandes ab. Desgleichen will er auch die Tabakarbeiter, die zwar nicht ausgesperrt sind, aber zu den alten Löhnen arbeiten, nicht mit in die Streikfront einbeziehen.

Die schwache Unternehmerfront verlangt von der gesamten deutschen Arbeiterschaft, jetzt mit größter Energie an die Unterstützung der kämpfenden Tabakarbeiter zu gehen, damit diese einen baldigen Sieg davontragen. Eine Reihe von zentralen Gewerkschaften hat bereits praktische Beschlüsse zur Unterstützung der Tabakarbeiter gefaßt. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, die von der Bürgerblockregierung verlangt, daß sie auf eine Abänderung der bisherigen elenden Bezahlung der Tabakarbeiter hinwirkt und sofort den Achtstundentag einführt.

*

Der Reichsarbeitsminister greift in den Konflikt der Tabakindustrie ein

TU. Berlin, 25. November. **Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat das Reichsarbeitsministerium in dem Tabakarbeiterkonflikt beide Parteien zu einer Aussprache über die strittigen Fragen für Mitte nächster Woche aufgefordert.**

Vom Tage

30-Millionen-Dollaranleihe der Stadt Wien

TU. Wien, 26. November. Die Gemeinde Wien ist durch Vermittlung des Wiener Bankvereins mit einem Neuyorker Bankensyndikat wegen der Auflage einer 30-Millionen-Dollar-Anleihe an der Neuyorker Börse in Verbindung getreten. Die Verhandlungen sollen kurz vor dem Abschluß stehen. Die Anleihe soll unter sehr günstigen Bedingungen vergeben werden.

Neue Verhaftungen in der Fälscheraffäre

TU. Paris, 26. November. In der Fälscheraffäre sind weitere Verhaftungen vorgenommen worden. Die Namen der Verhafteten werden von der Polizei vorerst noch geheim gehalten. Es handelt sich um einen Bankbeamten und dessen Freund. Die Zahl der Verhafteten in dieser Affäre ist somit auf 13 gestiegen. Weitere Verhaftungen werden angekündigt.

Die Passagiere der „Mexiko" in Sicherheit

TU. Neuyork, 25. November. Nach einer Meldung aus Texas sind die Passagiere des auf Grund gelaufenen Dampfers Mexiko von einem Hilfsschiff an Bord genommen worden und befinden sich in Sicherheit.

Naturkatastrophe in Südchile

TU. London, 25. November. Nach einer Reutermeldung aus Santiago de Chile zerstörte eine Sturmflut, die von einem Erdbeben gefolgt war, den kleinen südchilenischen Hafen von Perez Rosales. Die Sturmflut trug zahlreiche Boote und entwurzelte Baumstämme weit ins Land hinein.

Bürgerblock-„Kunst" in der Staatsoper

Die Dresdner Staatsoper hat einen neuen Beweis für die vollkommene Pleite des bürgerlichen Theaters geliefert. Die bürgerliche Kritik spricht von einer Krise des Theaters. Davon kann keine Rede sein. Hier handelt es sich nicht um eine Krise. Es handelt sich **einfach um den vollkommenen jämmerlichen Bankrott des gesamten bürgerlichen Kunstrummels.** Resignation, Talentlosigkeit, Oberflächlichkeit, Plagiatismus kennzeichnen den Betrieb des bürgerlichen Theaters der Gegenwart. Nachdem uns Piscator durch das politische Zeittheater die Blickrichtung gegeben hat, nachdem die theoretische Diskussion über die Kunst vom abstrakten Raum auf die Bühne selbst verpflanzt wurde, erscheint die Jämmerlichkeit bürgerlicher Verfallskunst noch plastischer und hüllenloser.

Die Sächs. Staatstheater in Dresden haben mit der Uraufführung von „Traumland" wieder einmal den Beweis erbracht, daß es kein Machwerk gibt, das nicht durch noch größeren Kitsch übertroffen werden könnte. Die prinzipienlose und talentlose Leitung der Sächs. Staatstheater unter Generalintendant Dr. Reucker hat in den vergangenen Jahren mancherlei Beweise ihrer vollendeten Unfähigkeit geliefert. **Eine Unfähigkeit, die selbst der anerkennen mußte, der an die Theaterpolitik** vom Standpunkte bürgerlicher Kritik heranging. **Was jedoch in** der Uraufführung der sogenannten Opernidylle „Traumland" am 24. November dem Publikum zugemutet wurde, bricht den **Rekord alles bisherigen Bühnenkitsches. Die Annahme dieser Oper zur Uraufführung erweckt den Verdacht, als habe sich der Generalintendant gegenüber dem Vater des Schmutz- und Schundgesetzes verpflichtet, den Normalgeschmack des deutschen Spießers, in drei Akten dosiert, fürsorglich in Papiergirlanden und Gartenlaubenkolorit eingewickelt, zu konferieren. Der Verfasser der „Oper" nennt sich Jan Brandis Buys.** Er ist **von einer unübertroffenen Gesinnungstüchtigkeit.** Alle Attribute der ewig Gestrigen läßt er aufmarschieren. Pfadfinder und Königstochter, Schulmeister und Rector magnificus, Ehrenjungfrauen und Feuerwehr, Bürgermeister und Innungskrauter. Man muß Herrn Jan Brandis Buys für den nächsten Staatspreis vorschlagen. Er ist reif für die preußische Dichterakademie. Herr Külz, sichern Sie sich diesen Mann! Warum haben Sie übrigens dem Reichstag zur Begründung Ihres Schmutz- und Schundgesetzes statt Ihrer langweiligen Rede über den deutschen Normalbürger nicht diese Oper vorgeführt? Es hätten sich sicher noch einige ehrbare Deputierte gefunden, die unter dem Eindruck dieser deutschen Normaloper Ihrem Gesetz begeistert zugestimmt hätten.

Welch ein erhebendes Wonnegefühl! Die Ideale der deutschen Jungfrau sind gerettet. In der deutschen Kleinstadt träumt der deutsche Schulmeister zwischen Efeuranken und krummen Giebeln von der Bewohnerin eines romantischen Schlosses. Er singt von Demut und Untertanengeist, er singt das alte Entsagungslied, das Elapopeia vom Himmel. (Welch pfaffenfrommes Vorbild für den deutschen Biedermann in der Zeit des Kampfes um das Reichsschulgesetz!) Und siehe, da er brav ist, den Kindern fromme Lieder lehrt, erfüllt sich sein Traumgesicht. Huldvoll, mit Courths-Mahlerscher Rührseligkeit, frisch aus dem letzten Heft der Gartenlaube entsprungen, naht sich ihm im letzten Akt rosenbekränzt, umflutet von lilienweißem Voil (neuestes Modell Reka!) die blaublütige, goldgekrönte Idealgestalt des deutschen Untertanen — das Schloßfräulein. Und der Schulmeister hochzeitet das Schloßfräulein. (Nutzanwendung: Jeder trägt seinen Marschallstab im Tornister.) Das ist der Inhalt der Schmierenkomödie, **die im Sächs. Staatstheater dem Publikum als Oper vorgeführt wurde.** Literarischer und musikalischer Schund, **von dem man nicht einmal sagen kann, daß es origineller Schund sei. Das Leitmotiv des Autors ist: Reim dich oder ich freß dich. Für die Musik gilt ihm der Grundsatz: Man muß die Motive nehmen, wo man sie findet.**

Das erbärmliche Kitschwerk, das die Generalintendanz der Sächs. Staatsoper einer Uraufführung für wert gehalten hat, müßte endlich einmal Anlaß sein, diejenigen auf den Plan zu rufen, die die künstlerische Unfähigkeit und Urteilslosigkeit der Opernleitung, sowie die kostspieligen Experimente und wahnwitzigen Ausstattungen mit ihren Steuergroschen bezahlen müssen. Für den romantischen Schund, den die Staatstheater Jahr um Jahr herausbringen, für den erbärmlichen Kitsch, der sich in die Maske von Kunst und Aesthetik hüllt, für die reaktionäre Propaganda, die aufgeplustert wie ein Pfauhahn als „Kunst und Literatur" einherschreitet, **zahlt die sächsische Bevölkerung jährlich 2 Millionen RM Zuschuß.** Wenn die Städte Krankenhäuser und Spielplätze, Schwimmhallen und Siedlungen bauen, dann schreit die Großbourgeoisie über die Luxusausgaben der Städte. An den Sächs. Staatstheatern wird in der Zeit tiefsten Elends, größter Massennot und steigender Teuerung das Geld zum Fenster hinausgeworfen. Aber alles dies läßt man schweigend geschehen. Die Regierung sitzt in der Loge und klatscht Beifall. Sie sind einander würdig: diese Regierung und ihr Theater.

Die Leitung der Sächs. Staatstheater hat zu Beginn der neuen Spielsaison alle Kritiker beruhigen wollen mit dem Hinweis auf die Einführung der „Aktuellen Bühne". Ein Bluff! Im Schauspielhaus wurde die „Legende" von Jung aufgeführt. Wie bei „Hinkemann" nahmen die Stammgäste des königlichen Hoftheaters Anstoß. Hierauf wird prompt das Stück wieder abgesetzt. Eine einmalige Aufführung und Schluß. Hier wird nicht nur mit den Mitteln des Staates in der verantwortungslosesten Weise gewüstet, sondern auch dem künstlerischen Personal der Staatstheater wird jede Möglichkeit künstlerischer Gestaltung und Auseinandersetzung mit den Zeitproblemen geraubt. Wie gesagt, es wird höchste Zeit, **daß die Arbeiterschaft gegen den Unfug, der sich an den Staatstheatern breitmacht, Stellung nimmt.**

Die Dresdner Volksbühne hat in dieser Beziehung **vollständig versagt.** Sie plätschert gemächlich im Schlepptau der Berliner Kunstbonzen Nestriepke, Bab e tutti quanti. Die Dresdner Volksbühnenleitung gesellt sich jenen zu, die Piscator nach dem „Gewitter über Gotland" aus der Volksbühne am Bülowplatz hinauseskelten. Sie sind treue und anspruchslose Konsumenten der Theaterbillette. Habt ihr je etwas vom Kampf der Dresdner Volksbühne gegen den mehr und mehr zum Skandal ausartenden Theaterbetrieb am Theaterplatz und in der Ostra-Allee gehört? Nichts von alledem. Und trotzdem muß ein Ende gemacht werden. Die Zerstörung des Alten und der Aufbau des Neuen kann aber nur von der Arbeiterklasse durchgeführt werden. Und sie wird es nur dann durchführen können, wenn sie in ihrer Mehrheit begreift, daß auch Kunstfragen Klassenfragen sind, und daß auch das Theater im Klassenkampf eine Waffe ist, um deren Besitz man kämpfen muß, und **die für den kämpft, der sie besitzt.**

Paul Böttcher